

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

**STANDORT DEUTSCHLAND IN
GEFAHR: WACHSTUM
STÄRKEN UND
PREISSTEIGERUNG WIRKSAM
BEKÄMPFEN**

NATO-GIPFEL IN VILNIUS

ABSENKUNG ELTERNGELD

**DEN MINUSMA-EINSATZ DER
BUNDESWEHR RASCH UND
GEORDET BEENDEN**

REDE IM PLENUM



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

In der letzten Woche ging es unter anderem um unseren **Wirtschaftsstandort**. Deutschland befindet sich in der Rezession. **Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten beiden Quartalen zurückgegangen. Die Politik der Ampel-Regierung gefährdet den Wohlstand der Volkswirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger.** Die steigende Zahl der Insolvenzen, die nachlassende Investitionstätigkeit in den Standort Deutschland und die hohe Inflation zeigen: Es braucht jetzt eine Wirtschaftspolitik, die nah am Menschen und nicht nah an einer politischen Ideologie ist.

Thema war auch die **geplante Absenkung des Elterngeldes durch Lisa Paus**. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht auf dem Spiel. Wir können Ihnen insofern versichern, dass wir als Union alles daran setzen, diese „Kürzung“ **beim Elterngeld zu verhindern**.

Was die Verteidigungspolitik betrifft, ging es in dieser Woche um den **NATO Gipfel in Vilnius sowie um den MINUSMA-Bundeswehreinsatz**. Alle Details finden Sie auf den folgenden Seiten.

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie aus dem Deutschen Bundestag.

Aktuelle Stunde: „Standort Deutschland in Gefahr: endlich Wachstum stärken und Preissteigerung wirksam bekämpfen“

Deutschland befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten beiden Quartalen zurückgegangen. Die Indikatoren für die weitere Entwicklung sind ebenfalls negativ: Das Ifo-Geschäftsklima ist gesunken auf den niedrigsten Stand seit November 2022. Im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stark gestiegen. Die Konjunkturprognosen erwarten für das Jahr 2023 eine sinkende Wirtschaftsleistung. Auch im internationalen Vergleich fällt Deutschland zurück. In allen vergleichbaren Staaten ist die wirtschaftliche Entwicklung – zum Teil deutlich – besser.

Die Politik der Ampel-Regierung gefährdet den Wohlstand der Volkswirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger. Die steigende Zahl der Insolvenzen, die nachlassende Investitionstätigkeit in den Standort Deutschland und die hohe Inflation zeigen: Es braucht jetzt eine Wirtschaftspolitik, die nah am Menschen und nicht nah an einer politischen Ideologie ist. Aber ein beachtlicher Teil der Bundesregierung will „Wachstum“ gar nicht mehr. „Degrowth“ ist vor allem bei den Grünen nun eine vermeintlich erfolgversprechende Maßnahme zum Klimaschutz. So kann Deutschland weder seinen Wohlstand erhalten noch die Klimaziele erreichen. CDU und CSU haben im Gegensatz zur Ampel einen konkreten Plan: Mit unserer Agenda für Deutschland zeigen wir auf, wie jetzt Wachstum geschaffen und Wohlstand erhalten werden kann.

Den NATO-Gipfel in Vilnius zum historischen Wendepunkt für europäische Sicherheit und transatlantische Lastenteilung machen

Am 11./12. Juli 2023 findet der NATO-Gipfel in Vilnius (Litauen) statt. Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland die europäische Sicherheitsarchitektur aufgekündigt und eklatant gegen das Völkerrecht verstoßen. In Vilnius stehen neben der formellen Aufnahme Finnlands in die NATO vor allem die Diskussionen über weitere militärische Unterstützung für die Ukraine, mögliche Sicherheitsgarantien und eine ukrainische NATO-Beitrittsperspektive auf der Tagesordnung.

Die Bundesregierung muss den NATO-Gipfel in Vilnius nutzen, um ein starkes Signal der Zuverlässigkeit an unsere Alliierten und Partner zu senden. Nach Blockade bei der Ukraine-Unterstützung und schrumpfendem Verteidigungshaushalt muss Vilnius nun für die Bundesregierung die Trendwende markieren. Konkret bedeutet dies ein unmissverständliches Bekenntnis zum 2%-Ziel als Untergrenze der Verteidigungsausgaben, und zwar jenseits des Sondervermögens. Außerdem muss die Westbindung der Ukraine institutionalisiert werden. Dies bedeutet die Ausarbeitung von Sicherheitsgarantien und die Einbindung in eine europäische Sicherheitsinfrastruktur, um mittelfristig einen NATO-Beitritt zu ermöglichen.

Geplante Absenkung beim Elterngeld

Laut Medienberichten plant Paus beim Elterngeld die Halbierung der Einkommensgrenze von bislang 300.000 auf 150.000 Euro für Paare im Bemessungszeitraum. Dieses Vorhaben geht an der Zielsetzung des Elterngeldes und an der Lebensrealität von Familien vorbei. Das von der Union eingeführte Elterngeld war die erfolgreichste Reform für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Instrument zur besseren Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Sollte die Ankündigung der Bundesfamilienministerin geltendes Recht werden, müssten sich Frauen zukünftig also wieder für Kind oder Karriere entscheiden oder werden in der Abhängigkeit vom Partner zementiert. Bundesfamilienministerin Paus vergisst bei allem Aktionismus, dass gerade die arbeitende Mittelschicht dazu beiträgt, den Sozialstaat Deutschland zu stemmen. Wir können Ihnen insofern versichern, dass wir als Union alles daran setzen, diese „Kürzung“ beim Elterngeld zu verhindern.



Rede im Parlament



Die AFD behauptet in ihrem Antrag, dass die Vielfalt der Soldatinnen und Soldaten schadet unserer Verteidigungsfähigkeit. Ich sage: es ist mir egal, woher jemand kommt, welcher Religion er angehört und wen er liebt, solange er auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Die ganze Rede finden sie in der Mediathek des Bundestags.